

DEUTSCHER BUNDESTAG

Der Ermittlungsbeauftragte
beim 2. Untersuchungsausschuß
der 16. Wahlperiode gem. UAG¹

Dr. Otto Klemm

Bundesbeauftragter zur Gefahrenabwehr
für die Freiheitlich demokratische Grundordnung

Stellungnahme zur Studie XS 2010

Verschlusssache - Nur für Dienstgebrauch (VS-NfD)

Berlin, 24. Februar 2008

¹Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages (Untersuchungsausschussgesetz) vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1142), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 1 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBl. I S. 718)

1. AG „Gefährdung durch azyklische Gewaltphänomene“ (GDAG)

Nach umfassender öffentlicher Diskussion unter der Überschrift „Bürgerkriegsgefahr in Deutschland?“ als Folge einer Reihe von Bucherscheinungen wurde auf Bitte des damaligen Kanzleramtsministers für Sonderaufgaben, Herrn von Lichtenrad, im Zuständigkeitsbereich des Ermittlungsbeauftragten die Bildung einer Arbeitsgruppe mit dem Arbeitstitel „Gefährdung durch azyklische Gewaltphänomene“ (GDAG) initiiert. In ihr wurden die der Präsidentenrunde nachgeordneten Hauptabteilungsleiter zusammengefaßt bzw. die von ihnen bestimmte Vertreter. Die Leitung der Arbeitsgruppe oblag dem Ermittlungsbeauftragten. Der Arbeitsgruppe wurde die Erstellung eines Lagebildes übertragen. Das Lagebild stützt sich in seinen Kernannahmen auf eine

Studie der Bundesarbeitsgemeinschaft zur Beobachtung urbaner Wettersituationen (BBUW). Bei der BBUW handelt es sich um einen strategischen „think tank“ des Bundesnachrichtendienstes, welcher sich durch Auswertung öffentlicher und nachrichtendienstlicher Quellen um die Skizzierung zukünftiger politischer Entwicklungen mit nationaler und internationaler Sicherheitsrelevanz bemüht.

2. Die BBUW-Studie XS 2010

Die streitbare und in der Öffentlichkeit kontrovers erörterte These des bekannten Schriftstellers, Essayisten und Verlegers Hans-Magnus-Enzensberger in seinem Werk „Aussichten auf den Bürgerkrieg“ wurde im Zeitraum von 1998 - 2008 Gegenstand einer Studie der BBUW.

Enzensberger entwickelte gemäß einer Beurteilung der BBUW aus dem Jahre 1995 in seinem Essay „Aussichten auf den Bürgerkrieg“ eine derartig kausale Argumentationskette mit Bezug auf eine erhebliche Gefährdung der nationalen Sicherheit durch Ausbruch eines massenhaften „Phänomens des radikalen Selbstverlusts...“ in Form gewaltsamer Ausschreitungen und bürgerkriegsähnlicher Zustände in den „Megalopolen“ für den Zeitraum der ersten beiden Dekaden des 21. Jahrhunderts, daß die BBUW gegenüber dem Bundesnachrichtendienst als Behörde

der Fachaufsicht eine dringliche Empfehlung zur Durchführung einer Langzeitstudie aussprach. Die Langzeitstudie sollte Erkenntnisse aus den Lagebildern des Statistischen Bundesamtes, des Bundeskriminalamtes, des Bundesnachrichtendienstes, Bundesamtes für Verfassungsschutz und der entsprechenden europäischen Institutionen gewinnen, unter Verwendung der Daten zur Bevölkerungsentwicklung, zur Arbeitslosigkeit, zur polizeilichen Kriminalstatistik und zu öffentlichen und nachrichtendienstlichen Erkenntnissen zu der Entwicklung des Extremismus/ Terrorismus. Der Auftrag zur Durchführung der Studie erging durch den Bundesnachrichtendienst an die BBUW im Jahre 1998. Die Studie erhielt den Titel XS -2010.

XS– 2010 bezieht sich bei ihrer Gefahrenprognose auf die Kernthesen Enzensbergers für die Ursachen eines wahrscheinlichen und zeitnahen Eintreffens „bürgerkriegsähnlicher Zustände“ in den zentralen städtischen Ballungsgebieten in der Bundesrepublik Deutschland:

- unbewältigte Migrationsproblematik¹
- Gewalt als Massenphänomen bei der Entwicklung durchschnittlich befähigter männlicher Jugendlicher und junger Erwachsener²
- Alterung der Gesellschaft (demografischer Wandel)³
- massenhafter Nutzwertverlust von Bevölkerungsteilen in städtischen Ballungsgebieten für den Prozeß der Produktion/Bereitstellung von Dienstleistungen (Massenarbeitslosigkeit)⁴
- Abnahme der Akzeptanz der gesellschaftlichen Produktivkräfte, in Bezug auf den Erhalt der Solidargemeinschaft, d.h. der Versorgung jener Bevölkerungsteile, welche nicht zum Bruttozialprodukt beitragen (...Arbeitslose, Pensions- und Rentenbezieher, chronisch Kranke...)⁵

¹Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Studie „Ungenutzte Potenziale Zur Lage der Integration in Deutschland“

²Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundes (PKS) 2007 S. 10 Absatz 3 Satz 2-4 „...dagegen setzte sich der Anstieg der Gewaltdelinquenz Jugendlicher im Jahre 2007 verstärkt fort (4,9 Prozent, 2006: 0,7 Prozent): Insbesondere bei der gefährlichen und schweren Körperverletzung wurde ein Anstieg von 6,3 Prozent (2006: 3,0 Prozent) registriert. Diese Entwicklung zeigt, dass bei Teilen der Jugendlichen eine erhöhte Gewaltbereitschaft bei gesunkener Hemmschwelle und teilweise brutalem Vorgehen festzustellen ist...“

³Die Demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung 2006

⁴Deutschland 2020 – Studie der McKinsey&Company – Mai 2008

⁵Bude, Heinz: *Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft*, München, Hanser, 2008

Als Arbeitstheorie wurde durch die BBUW die Gültigkeit der Annahmen Enzensbergers mit Bezug auf das Kernereignis (Eintreffen bürgerkriegsähnlicher Zustände in Ballungsgebieten) bei unverminderter Entwicklungstendenz im Bereich der Kernthesen bzw. bei einem unverminderten Eskalationsverlauf bei den die Thesen stützenden Phänomenen (wie z. Bsp. Häufung von Gewaltdelikten bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen) angenommen. Im Ergebnis der Quellenauswertung im Zeitraum von 1998 – 2008 kommt die „XS-2010“ Studie der BBUW zu der Schlußfolgerung, daß alle durch Enzensberger angenommenen Faktoren, welche das Eintreffen von Gewalttätigkeiten als Massenphänomen/ bürgerkriegsähnliche Situationen in städtischen Ballungsgebieten begünstigen würden, als beurteilungsrelevante Faktoren zum Zeitpunkt der Studie vorhanden waren und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit über das Ende des Beobachtungszeitraums fortbestehen.

Die BBUW kommt für nachrichtendienstliche Lagebeurteilungen mit ungewöhnlicher Deutlichkeit zu der Schlußfolgerung, daß „insbesondere für das Gebiet der neuen Bundesländer (Ostdeutschland) die von Enzensberger prognostizierte Gefahr der Gewalt als temporäres Massenphänomen zu besorgen ist“. Bezeichnetes Phänomen werde „...mit einer hohen Anzahl an Toten (bis zu 15.000) und Verletzten (bis zu 100.000) einhergehen und zumindest vorübergehend zur völligen Auflösung staatlicher Ordnung und staatlicher Strukturen führen...“. Den zu erwartenden wirtschaftlichen Schaden durch Gewaltanwendung gegen Personen und Sachen bezifferte die BBUW mit einer geschätzten Summe von 750 Milliarden bis 1,5 Billionen Euro. Ferner skizziert die BBUW die tatsächliche Gefahr eines „zeitnah zu besorgenden Ereignisses vergleichbarer Schadensgröße“ für die Ballungsgebiete im Bereich Westdeutschland. Zumindest für die betroffenen Gebiete in Ostdeutschland erwartet die BBUW die Absenkung wirtschaftlicher Entwicklung „...auf das Niveau zentralafrikanischer Staaten im Jahre 1945 mit landwirtschaftlicher Produktion minderer Leistungsstärke...

***Unruhen wie in Paris sind auch in Deutschland möglich** Interview mit dem Konfliktforscher und Frankreich-Experten Johannes M. Becker, Uni Marburg* 2008

für die Dauer von mindestens 30 Jahren, möglicherweise aber auch von dauerhafter Ausprägung“.

Als begünstigende Faktoren für das Eintreffen des von Enzensberger skizzierten Massenphänomens der Gewaltanwendung (bürgerkriegsähnliche Zustände in städtischen Ballungsgebieten) benennt die BBUW im Kern ihrer Argumentation

- die erhebliche Verteuerung von Lebensmitteln und Treibstoff, über die Kompensationsfähigkeit weiter Teile der Bevölkerung hinaus
- unzureichende Rehabilitation von Soldaten nach ihrer Rückkehr aus Einsätzen in Krisen- oder Kriegsgebieten
- unzureichende Bekämpfung von Strukturen des inländischen Extremismus/ Terrorismus

innerhalb der Bundesrepublik bzw. von Strukturen der Organisierten Kriminalität, welche ihre Straftaten durch Androhung oder Einsatz s von Gewalt begehen Als beispielhafte Entwicklungen benennt die BBUW in ihrer Studie die Jugendaufstände in pariser Vororten, den Eskalationsverlauf der Jugendgewalt in England und die massenhaft Problematik traumatisierter Kriegsveteranen in den USA (mit der einhergehenden Zahl von 6500 Selbsttötungen und dramatische Gewalttätigkeiten gegen Personen im Umfeld oder Dritte). Die BBUW empfiehlt in ihrer Studie dringlich die Umsetzung von Sofortmaßnahmen im Rahmen eines nationalen Handlungsansatzes zur Abwehr der in der Studie skizzierten Gefahr. Ohne die Umsetzung von Sofortmaßnahmen in erheblichem Umfang sei die Abwendung der der in der Studie skizzierten Gefährdungen für die innere Sicherheit der Bundesrepublik bzw Gefahren für den Fortbestand der Bundesrepublik als Industrienation nicht möglich.